

36. PARTEITAG der KPÖ

Wien, Simmering, 18. und 19 Oktober 2014

[www.kpoe.at/36parteitag](http://www.kpoe.at/36parteitag)



## Thesen des 36. Parteitags der KPÖ

- A) Zur politisch-ökonomischen Einordnung der sozialen Lage in Österreich*
- B) Klassen, Kämpfe und Bewegungen*
- C) Darum das "K" in unserem Namen*
- D) Gesellschaftliche Funktionen der KPÖ in Österreich*
- E) Zur Wahlpolitik*

### **A) Zur politisch-ökonomischen Einordnung der sozialen Lage in Österreich**

**A.1.** Vor dem Hintergrund des faschistischen Zivilisationsbruchs, angesichts der starken Präsenz kommunistischer Parteien und Gewerkschaften in einigen großen europäischen Staaten sowie angesichts der mehrere Jahrzehnte hindurch als globaler Systemgegner wahrgenommenen realsozialistischen Staaten war der Kapitalismus in seiner europäischen fordistischen Variante nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bereit zu Zugeständnissen. Bei Einbeziehung großer Teile der Sozialdemokratien und der Gewerkschaftsbewegung wurde ein bestimmter sozialer Ausgleich akzeptiert und in Form des Wohlfahrts- oder Sozialstaates realisiert. Dieser soziale Ausgleich oder Klassenkompromiss wurde seit den 1970er Jahren zuerst schleichend zurückgenommen und nach dem Scheitern des Realsozialismus ab Anfang der 1990er Jahre, im rasanten Wandel zum Neoliberalismus und zur finanzmarktgetriebenen Kapitalverwertung und in aller Offenheit aufgekündigt. Vieles an der berechtigten feministischen Kritik an der – einer idea-

len männlichen Erwerbsbiographie angepasst – Ausrichtung vieler sozialstaatlicher Regelungen wurde hegemonial umgewertet und konnte sogar zum Teil zur Zerstörung des Modells „Sozialstaat“ missbraucht werden.

**A.2.** Maßgebliche Kennzeichen der neoliberalen Variante des Kapitalismus sind Deregulierung, Privatisierung, Prekarisierung und Demontage des in Jahrzehnten errungenen Sozialstaates. Auch ist der heutige Kapitalismus durch eine immer intensivere Globalisierung sowie durch Einbeziehung neuer Territorien und bislang nicht oder nur teilweise der Kapitalverwertung unterworfenen Bereiche gekennzeichnet. Die Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen System vor Ort muss daher letztlich auch im internationalen Kontext geführt werden, eine nationale Abschottung oder Beschränkung ist aus transformatorischer Sicht kontraproduktiv.

**A.3.** Die Europäische Union in ihrer jetzigen Form ist nicht die Quelle, wohl aber – aufgrund der herrschenden politischen Kräfteverhältnisse – ein konzentrierter, von den Interessen des Kapitals der Mitgliedsländer geprägter Ausdruck des Neoliberalismus. Die EU lediglich als ominöse Bürokratie in Brüssel zu betrachten, die Österreich Vorgaben diktiert, heißt, ihr Wesen zu verkennen. Vielmehr stellt die EU die Summe der Triade Kommission, Rat und Parlament sowie der Politik der 28 Mitgliedsländer dar, wenn auch in unterschiedlicher Gewichtung. In dem Maße, wie die hegemonialen EU-Kräfte nach dem Muster US-amerikanischer neoliberaler Politikvorstellungen durchsetzen, demontieren sie das westeuropäische Sozialstaatsmodell, stellen bürgerlich-demokratische Errungenschaften bzw. generell Demokratie in Frage und rufen Widersprüche in den europäischen Gesellschaften nicht nur zwischen oben und unten, sondern in gewissem Ausmaß auch innerhalb des herrschenden Blocks hervor.

**A.4.** Der Kapitalismus ist geprägt durch einen Herrschaftsknoten, der die Gesellschaft nach Klassen, Geschlechtern und ethnischer Zugehörigkeit spaltet. Zentrale Fragen der Auseinandersetzungen sind der Kampf um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, um Einfluss auf die politische Gestaltung und letztlich um die politische und wirtschaftliche Macht, die auch Fragen der Geschlechtergerechtigkeit, gleiche Rechte für alle einschließt. Parallel mit dem Verlust des sozialen Ausgleichs und demokratischer Regelungsmechanismen hat sich eine immer stärkere Konzentration des Vermögens bei einer kleinen Gruppe der Bevölkerung entwickelt. In den meisten OECD-Ländern besitzt ein Prozent der Bevölkerung zwischen 30 und 40 Prozent des gesamten Volkvermögens. Ein konkreter Ausdruck davon ist der Rückgang der Lohnquote. Der den

Lohnabhängigen auch durch defensive Lohnpolitik der Gewerkschaften vorenthaltene Anteil am Produktivitätswachstum wurde nicht in die Unternehmen investiert, sondern am Kapitalmarkt verspekuliert, was mit ein auslösender Faktor für die Finanzkrise war.

**A.5.** Nach mehreren Jahrzehnten wirtschaftlichen Aufschwungs und einer sozialpartnerschaftlichen Entwicklung waren für die ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklungen in Österreich der Zusammenbruch des Realsozialismus 1989/91, der EU-Beitritt 1995 und die Finanzkrise 2007/8 wesentliche Zäsuren. Die durch den Klassenkompromiss nach 1945 ermöglichte, über Jahrzehnte praktizierte und institutionalisierte Sozialpartnerschaft hatte zwar zu Verbesserungen im Lebensstandard der Lohnabhängigen beigetragen, als Ausdruck einer Stellvertreterpolitik aber gleichzeitig zur Entwöhnung der Lohnabhängigen von notwendigen Kämpfen für ihre Interessen und somit zum stufenweisen Verlust von Verhandlungsmacht geführt. Auch hat sie weder den zunehmenden Klassenkampf von oben verhindert, noch etwas an der Situation geändert, dass die Lohnabhängigen als die eigentlichen ProduzentInnen angesichts des Privateigentums an Produktionsmitteln von allen wesentlichen Entscheidungen ausgeschlossen sind und die Wirtschaft ein weitgehend demokratiefreier Raum ist.

**A.6.** Demnach der Niederlage des Hitlerfaschismus mit der Gründung der Zweiten Republik nach 1945 entstandene große öffentliche Sektor in der österreichischen Wirtschaft mit der verstaatlichten Industrie als Kernstück wurde seit Ende der 1980er Jahre zunehmend demontiert und existiert heute nur mehr in Restbeständen. Wir begreifen den öffentlichen Sektor als Ergänzung des Sozialsystems, seine Demontage hat demnach auch gravierende Auswirkungen auf die soziale Lage und Arbeitsbedingungen (wie im Sozialbereich oder etwa durch Leiharbeit). Weniger Staat, mehr Privat ist in erster Linie eine gegen den öffentlichen Sektor gerichtete Kampfansage, die nicht nur Abbau vieler Frauenerwerbsarbeitsplätze, sondern auch noch mehr unbezahlte Frauenarbeit zur Folge hat.

**A.7.** Global, europäisch und auch in Österreich ist der Wandel von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft voll im Gange. Damit verbunden gewinnen Bereiche, die früher nur ergänzende Funktion für das kapitalistische System hatten, wie etwa der Sozial- oder Kulturbereich, immer größere Bedeutung. Ein Wesenszug des heutigen Kapitalismus ist der Trend zur Prekarisierung, der immer größere Bereiche der Gesellschaft, beginnend in der Welt der Lohnarbeit, umfasst. Die Lebenswirklichkeiten vieler Frauen, MigrantInnen und auch KünstlerInnen waren davon immer schon gekennzeichnet. Für die Folgen dieser Prekarisierung reichen die bisherigen Möglichkeiten des Sozialstaates nicht aus. Daher ist die Entwicklung neuer Standards wie gesetzliche Min-

destlöhne, Mietzinsobergrenzen, Arbeitszeitverkürzung, Wertschöpfungsabgabe, Mindestsicherung in Höhe der Armutsgrenze, Energiegrundsicherung, Freifahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder Grundeinkommen ebenso notwendig wie eine gründliche demokratische, die Privilegien der Reichsten, des Kapitals bzw. der Konzerne abschaffende Steuerreform.

**A.8.** Der Kapitalismus hält an umweltzerstörender Wachstumspolitik fest und nimmt damit alle Lebensräume vernichtenden Klimafolgen und letztendlich die Zerstörung des gesamten Planeten in Kauf. Diese Ignoranz verändert die Rahmenbedingungen in der Menschen arbeiten und leben grundsätzlich. Das Ringen um umweltschützende Produktions- und Lebensweisen erhält damit neue Dringlichkeit.

**A.9.** Die materielle Produktion, ermöglicht durch die unbezahlte Arbeit von Frauen, ist die Basis für die Schaffung von Mehrwert bzw. des Reichtums in den Gesellschaften. Das Verhältnis der Realwirtschaft zu dem immer stärker aufgeblasenen Finanzmarkt ist unter diesem Gesichtspunkt zu sehen. Wir sprechen daher auch von einem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Krisen in der Finanzsphäre schlagen sehr rasch auf die Realwirtschaft zurück. Die Mittel für Spekulationen am Finanzmarkt speisen sich aus der produktiven Sphäre. Die dazu notwendigen hohen Profite werden durch Druck auf Löhne, durch Abbau von Sozialleistungen und Arbeitsplätzen, durch Entrechnung und Entzug selbst geringer Partizipationsmöglichkeiten erzielt. Aber auch durch die Abwälzung gesellschaftlicher sozialer Verantwortung ins Private, mehrheitlich an die Frauen.

**A.10.** Die Dogmen des Neoliberalismus - wie etwa „Privat ist besser als Staat“ - wurden spätestens mit der Finanzkrise als hohle Phrasen entzaubert. Die Rettung der Banken und der gesamten Finanzsphäre erfolgte durch die Staaten und mit den Steuermitteln der Staaten. Seither hat auch die Kritik am Realkapitalismus deutlich zugenommen. Trotzdem besteht die neoliberale Hegemonie weiter, weil sich die große Mehrheit der Menschen bislang keine Alternative zum kapitalistischen System vorstellen kann, weil es keinen Automatismus für die Entwicklung von Klassenbewusstsein und kritische Reflexion der Geschlechterverhältnisse gibt, und weil die heterogenen Linkskräfte in Europa bislang, von einigen Ansätzen abgesehen, keine breitenwirksame und vor allem realisierbare alternative gesellschaftliche Vision entwickelt hat, die ihre Entsprechung in geänderten politischen Kräfteverhältnissen findet. Das Konzept einer solidarischen Gesellschaft, wie sie die KPÖ vorgeschlagen hat, soll neben dem Kampf für soziale Gerechtigkeit und ein gutes Leben vor allem auch dazu beitragen, eine grundlegende Alternative aus systemkritischer Praxis entwickelbar, vorstellbar und wirksam werden zu lassen.

## **B) Klassen, Kämpfe und Bewegungen**

**B.1.** Zu größeren Aktionen der ArbeiterInnenklasse in der Folge des Ausbruchs der großen Krise (2007/08) kam es erst mit der dramatischen Verschärfung des neoliberalen Regimes in der EU (Austeritätspolitik). In den unter Kuratel der EU-Troika gestellten südeuropäischen Länder kam es ab 2010 zu großen Klassenbewegungen und Generalstreiks. Nicht unmittelbar auf die Krise selbst, die für die Mehrheit der Bevölkerungen, weil sie in erster Linie die Banken betraf, zunächst "abstrakt" blieb, sondern erst gegen die Auswirkungen der herrschenden Krisenbewältigungspolitik wurde sozialer Widerstand entwickelt.

Interessant war diesbezüglich, wer insbesondere reagierte: Vielfach waren es gut ausgebildete, artikulierte junge Menschen, die soziologisch zunächst als VertreterInnen der Mittelklasse identifiziert worden waren, und die zudem vielfach in Bereichen ausgebildet und tätig waren, die noch ein Jahrzehnt zuvor als ökonomisch und sozial zukunfts-trächtig galten.

Egal ob im Zusammenhang mit dem Arabischen Frühling, der Occupy-Bewegung, den Idignados oder anderen in diesen Jahren aufbrechenden Protesten, wesentliche Subjekte der entsprechenden Bewegungen rekrutierten sich sozial und kulturell aus den beschriebenen „jungen Mittelschichten“.

**B.2.** Klassenpolitisch entsprechen wesentliche Teile der oben beschriebenen „jungen Mittelschichten“ vielfach den FacharbeiterInnen des letzten Jahrhunderts. Ein Teil entwickelt Klassenbewusstsein und orientiert auf gesellschaftliche Transformation und ein Mitte-Unten-Bündnis (Occupy, Idignados, griechische Bewegungen, ...). Andererseits orientiert ein Teil dieser Mittelschichten aufstiegsorientiert auf die Befestigung der neoliberalen gesellschaftlichen Hegemonie durch ein Mitte-Oben-Bündnis (hierzulande beispielsweise Teile der grünen WählerInnen bzw. der Neos).

**B.3.** Diese Ausdifferenzierungs- und Formierungsprozesse der vergangenen Jahr werden von einer Tendenz zur „Verallgemeinerung der Prekarität“ angetrieben. Die „jungen, dynamischen“ Mittelschichten wurden von dieser global immer rascher um sich greifenden Prekarisierung relativ unvorbereitet getroffen. Ausgegrenzte, schlecht qualifizierte Teile der ArbeiterInnenklasse einerseits sowie andererseits die überspannte Flexibilisierung und Individualisierung von Arbeitsverhältnissen der jungen „UnternehmerInnen ihrer Selbst“ und deren „Kulturalisierung der Unsicherheit“ sind seit geraumer Zeit Ausdruck einer umfassenden Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in den Industriestaaten.

**B.4.** Teile der von der Krise betroffenen „jungen Mittelschichten“ entwickelten im Protest und in Protestbewegungen gegen die rapide Verschlechterung ihrer Lebensumstände ein Bewusstsein für gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge. Die unterschiedlichen gesellschaftlichen Betroffenheiten der allgemeinen Prekarisierung ließen viele in einer Weise reagieren, indem sie auf eine allgemeine Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse und ein Mitte-Unten-Bündnis als Subjekt der Transformation orientierten.

Eine Orientierung, die in Österreich möglicherweise ihr spätes wahlpolitisches Echo in der Bildung der Allianz von „Europa Anders“ - im Zuge der jüngsten Europaparlamentswahlen - fand. Ein durchaus erfolgversprechender Versuch, der allerdings klassenpolitisch noch auf einem relativ schwachen Fundament steht, mit offener Perspektive.

**B.5.** Für die KPÖ ergibt sich in dieser Perspektive die Notwendigkeit aber auch die Chance, eine politische Scharnierfunktion in einem entsprechenden Mitte-Unten-Bündnis wahrzunehmen. Sie ist die einzige parteipolitisch bundesweit organisierte Kraft der Linken, die einerseits in der Lage ist, wahrnehmbare Teile der beschriebenen Schichten für ein fortschrittliches Bündnis gegen die herrschende autoritär-neoliberale Austeritätspolitik zu mobilisieren und diese sowohl mit „klassischen“ Kernbelegschaften politisch in Beziehung zu setzen, wie auch mit jenen Teilen der ArbeiterInnenklasse, die man unter dem Begriff des – mehrheitlich wohl weiblichen - „Prekariats“ zusammenfassen könnte ebenso wie mit durch alle soziale Netze fallende und gesellschaftlich zunehmend aktiv ausgegrenzten „Unterschichten“ und MigrantInnen.

Diese Scharnierfunktion wahrzunehmen, erfordert Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und politischen AkteurInnen.

## **C) Darum das "K" in unserem Namen**

**C.1.** Im Laufe des Wahlkampfes für das Europaparlament wurden KommunistInnen öfter gefragt - vor allem von Menschen, die bisher nicht mit der KPÖ in Kontakt waren -, warum sie am Begriff des Kommunismus und auch am Namen der Partei festhalten und ob das »K« im Namen der Partei unabdingbar sei für unsere »Identität«.

Zweifelloos ist der Begriff Kommunismus nach wie vor in der breiten Öffentlichkeit durch das nicht nur von der antikommunistischen Hetze vermittelte Bild des ehemaligen "realsozialistischen" Lagers, sondern auch durch die schweren Systemmängel und der undemokratischen Herrschaftspraxis der regierenden kommunistischen Parteien selbst

geprägt. Für viele Menschen bedeutet Kommunismus nach wie vor „Diktatur“, politische Willkür und wirtschaftliche Ineffizienz. Viele meinen aber auch, Kommunismus wäre eine gute Sache, sie sei nur schlecht umgesetzt worden.

**C.2.** Die KPÖ versteht unter Kommunismus Marx folgend einerseits eine Gesellschaft, in der das Prinzip „jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ verwirklicht werden kann und andererseits „die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt“, und zwar in dem Sinne, „alle gesellschaftlichen Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein geknechtetes, verächtliches, verlassenes Wesen ist“, um eine Gesellschaft anzustreben „worin die Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“

**C.3.** Politische Parteien, die sich diesem allgemein formulierten gesellschaftspolitischen Ziel verpflichten, müssen deshalb nicht unbedingt das „K“ in ihrem Namen tragen. Politische Parteien sind zeitbedingte gesellschaftliche Zusammenschlüsse, die in den heutigen kapitalistischen Gesellschaften mehr oder weniger deutlich bestimmte Klassen- und/oder Gruppeninteressen vertreten und in diesem Sinn mehr oder weniger weit reichende gesellschaftspolitische Ziele und Veränderungen anstreben.

**C.4.** Die kommunistischen Parteien, die nach 1918 in Folge des Ersten Weltkriegs und der Oktoberrevolution in Russland entstanden sind und zu denen auch die KPÖ gehört, haben mit diesem Namen die Abgrenzung von den sozialdemokratischen Parteien hervorgehoben, da deren ursprünglich revolutionärer Impuls durch die Zustimmung zum Krieg und mit dem Zusammenbruch der Zweiten Internationale erloschen war. Die KPÖ hat im Unterschied zu allen anderen Parteien, die heute in Österreich tätig sind, trotz Verfolgung und Illegalität ihre politische und organisatorische Kontinuität bewahren können. Mit ihrem Namen ist auch der Großteil des antifaschistischen Widerstands in Österreich verbunden.

**C.5.** Die KPÖ war und ist zu unterschiedlichen Zeiten in mehr oder weniger Betrieben, Gewerkschaften, Gemeinden, Parlamenten und Bündnissen vertreten. Viele Mitglieder der KPÖ waren und sind in diesen Vertretungen als KommunistInnen bekannt. Durch sie und durch die Tätigkeit vieler AktivistInnen lebt die Partei. Sie alle sind Mitglieder dieser Partei dieses Namens geworden.

**C.6.** Seit 1991 arbeitet die KPÖ nicht nur an ihrer eigenen Erneuerung, sondern auch daran, in der Öffentlichkeit den Begriff des Kommunismus zu erneuern und mit den ursprünglichen Werten der Demokratie, des Humanismus, des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und Gleichheit, der Solidarität und Emanzipation zu verbinden. Dazu

gehört der Bruch mit dem Stalinismus und allen autoritären Formen des Sozialismus ebenso wie die Integration weiterer Komponenten wie Feminismus, Antirassismus und Antifaschismus, Partizipation und Selbstermächtigung bzw. Selbstverwaltung.

C.7. Trotzdem empfinden viele Linke und SympathisantInnen den Namen KPÖ als Hindernis für einen Beitritt oder auch für eine Stimmabgabe für die Partei. Viele wollen sich auch nicht mit dem „Rucksack der Geschichte“ belasten, da im Namen des Sozialismus und Kommunismus schwerwiegende Verbrechen begangen wurden, die die grundlegenden humanen Ziele des Kommunismus konterkarieren. Es gibt aber keine geschichtslose Gegenwart. Jede Bewegung, Organisation oder Tendenz, die sich die Überwindung des Kapitalismus als Aufgabe stellt, wird sich früher oder später - egal, ob sie das »K« im Namen führt oder nicht – mit der widersprüchlichen Geschichte der sozialistischen und kommunistischen Bewegung konfrontiert sehen.

Jede/r, der/die sich konsequent für Demokratie, soziale Gerechtigkeit, für gleiche Rechte für alle einsetzt oder die derzeitigen Eigentums- und Machtverhältnisse in Frage stellt, wird früher oder später mit dem „Vorwurf“ des Kommunismus bedacht. Selbst Mietzinsobergrenzen gelten heute vielen als „kommunistisches Machwerk.“ Andererseits zeigen die unter spezifischen Bedingungen errungenen Wahlerfolge in Graz und der Steiermark auf kommunaler und regionaler Ebene, dass der Name KPÖ kein Hindernis für größeren Zuspruch der WählerInnen ist. Und dasselbe gilt auch für die kommunale Erfolge der KPÖ in einigen anderen Städten sowie die jüngsten Erfolge des mit der KPÖ zusammenarbeitenden Gewerkschaftlichen Linksblocks.

Die Kommunistische Partei soll die politische Vertretung der ‚Habenichtse‘ sein: Politischer Kommunismus bedeutet bei der Analyse und auch bei der politischen Zielformulierung Eigentumsverhältnisse zu beachten. Er erkennt die wirtschaftliche aber auch politische und kulturelle Bedeutung kollektiver Eigentumsformen an. Vielfalt der Eigentumsverhältnisse ist das Programm.

Die auf privates Eigentum konzentrierte Besitzmonokultur des Kapitalismus schafft Abhängigkeits- und Unterdrückungsverhältnisse. Gleichheit ist nicht gegeben. Sie wird tagtäglich errungen. Gleichheit aller Menschen ist Zweck und Ziel unseres politischen Tuns; Wohlstand für alle; das gute Leben. Gleichheit - mit gleichen Rechten, Chancen und von der Gesellschaft gewährten Mitteln ausgestattet - sowohl im ökonomischen als auch politischen Sinne, ist der Zweck und das Ziel unseres politischen Tuns. Nicht nur der Appell an die Gleichheit, sondern die politische Organisation und Mobilisierung der von Ungleichheit auf negative Art Betroffenen - das ist der Platz des ‚K‘ im Alltag.



## **D) Gesellschaftliche Funktionen der KPÖ in Österreich**

### ***1.) Revolutionäre Realpolitik***

**D.1.** Unsere Partei leitet ihre langfristigen Ziele aus der klassischen und modernen marxistischen Analyse unserer Gesellschaft ab, in deren Mittelpunkt die Feststellung steht: Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung des Mehrwerts muss, wenn sich die Gesellschaft human weiterentwickeln will, aufgehoben werden. Die bizarren Verteilungsverhältnisse zwischen der reichsten Spitze und dem Rest der gesellschaftlichen Pyramide; die geschlechtlich definierten Verteilungsverhältnisse zulasten der Frauen; die ausbeuterischen globalen Verteilungsverhältnisse zwischen Nord und Süd, zwischen Peripherie und Zentrum; die Widersprüche zwischen Umwelt und Ökonomie, zwischen ökonomischer »Effektivität« und menschlicher Verarmung usw. - all das lässt sich einerseits nicht auf den eingangs genannten Widerspruch reduzieren; andererseits äußert sich dieser aber bei näherem Hinschauen in allen systembedingten Widrigkeiten, die das Leben auch in unseren Breiten für den Großteil der Bevölkerung zunehmend schwierig macht. Er ist ein Ausdruck der Klassenverhältnisse, die letztlich nur aufzuheben sind durch Vergesellschaftung der entscheidenden Produktionsmittel. Die Verstaatlichung einzelner Sektoren der Ökonomie kann ein Element davon sein. Doch verstehen wir unter »Vergesellschaftung« - auch unter Berücksichtigung der Gründe für den Zusammenbruch des Realsozialismus - wesentlich mehr: ein neues gesellschaftliches Übereinkommen über Zielsetzung der Produktion jenseits von Profitmaximierung, über Art und Weise des Produzierens, über Selbstverwaltung, über die Frage der Demokratie in der Wirtschaft usw. Kommunismus bedeutet für uns, dass das, was alle brauchen, allen gehören und für alle da sein muss. Das heißt, grundsätzlich die Eigentumsfrage (gemeint ist das Eigentum an den gesellschaftlich relevanten Produktionsmitteln und am Finanzsystem) zu stellen.

**D.2.** Der real existierende "Sozialismus" ist historisch gescheitert und der fordistische Wohlfahrtsstaat als (auch globaler) Klassenkompromiss wird mit desaströsen Folgen für den Großteil der Bevölkerung abgerissen. In dieser Situation sehen wir die Funktion der KPÖ darin, die Interessen der arbeitenden Klasse, der Frauen, der MigrantInnen und AsylwerberInnen, der prekär Lebenden und sozial Ausgegrenzten sowohl zu vertreten als auch ihre politische Teilhabe bewegungsmäßig zu unterstützen und mitzuorganisieren, und in diese sozialen Bewegungen systemüberwindende Perspektiven einzubringen (was nur möglich ist, wenn auch wir selbst bereit sind, von Bewegungen zu lernen).

Nachdem die Sozialdemokratie auch ihre wohlfahrtsstaatlichen Ambitionen entsorgt, fällt den Kräften links der Sozialdemokratie die Aufgabe zu, um eine die Neuausgestaltung des Sozialstaats gegen die neoliberalen Abrisspläne zu ringen.

Unsere Perspektive geht damit über die Verteidigung der sozialen Errungenschaften und des Sozialsystems hinaus. Mit einem Wort: die Funktion der KPÖ ist, in politische Bewegung umzusetzen, was Rosa Luxemburg »revolutionäre Realpolitik« genannt hat, und was wir am vorangegangenen Parteitag als Orientierung auf die »solidarische Gesellschaft« beschlossen haben.

## ***2.) Sammlung linker Kräfte***

**D.3.** Das Ergebnis der Wahlallianz »Europa anders« hat belegt, dass eine Kooperation von Kräften links von Sozialdemokratie und Grünen möglich ist und erfolgreich sein kann. So, wie in Europa allgemein, wird auch in Österreich im Speziellen eine - auch parlamentarisch wahrnehmbare - Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse zugunsten einer progressiven, das neoliberale kapitalistische System in Frage stellenden Kraft nur unter dieser Voraussetzung erreichbar sein; diesbezüglich sehen wir die Funktion der KPÖ darin, zu einer Sammlung dieser Kräfte beizutragen (siehe dazu den Abschnitt Wahlpolitik), wobei wir nicht nur politische Organisationen, sondern auch fortschrittliche Bewegungen unterschiedlicher Herkunft dazuzählen. Mehr noch: diese Aufgabe der Sammlung muss ins Zentrum unserer alltäglichen politischen Bemühungen rücken.

## ***3.) Europäische Integration - Kooperation der konsequent linken Kräfte***

**D.4.** Angesichts der neoliberalen Orientierung sowie der gefährlichen undemokratischen Entwicklungstendenzen in der EU verstärkt die KPÖ ihren Einsatz für eine grundsätzliche Neugestaltung der Grundlagen der Europäischen Union gemeinsam mit Parteien der Europäischen Linken (EL) sowie mit allen anderen fortschrittlichen Kräften und sozialen Bewegungen.

Die EU ist insofern eine Ausweitung der österreichischen Kampfzone, darum ist eine Orientierung auf einen Austritt Österreichs aus der EU für die KPÖ keine politisch sinnvolle Perspektive, egal, ob sie im hegemonialen rechten Outfit oder anders daherkommt. Wir wollen weder chauvinistische und nationalistische Entwicklungen fördern noch wollen wir die Illusion nähren, dass Österreich außerhalb der EU weniger neoliberal, dafür aber sozialer und demokratischer wäre.

Die KPÖ gehört zu den Gründungsparteien der Partei der Europäischen Linken. Die mittlerweile zehnjährige und ständig intensiver werdende Zusammenarbeit hat sich als die wirksamste reale Möglichkeit erwiesen, gemeinsamen europäischen Widerstand gegen den aggressiven neoliberalen Kurs der hegemonialen Kräfte in der EU zu entwickeln und die Konturen eines neuen, alternativen Europas zu gestalten.

#### ***4.) Friedenspolitik - aktive Neutralitätspolitik***

**D.5.** Angesichts des in der ukrainischen Krise sichtbaren expansionistischen, konfliktorientierten und mit der US-amerikanischen NATO-Osterweiterungsstrategie abgestimmten außenpolitischen Kurses der EU und der österreichischen Regierung, die uns mittels Sanktionspolitik als Angehörige eines Staates der EU in Konfrontation zu Russland bringen, kann andererseits im Falle einer militärischen europaweiten Zuspitzung bzw. eines vom Zaun gebrochenen Krieges in Europa der Austritt Österreichs aus der EU zu einer notwendigen friedenspolitischen Orientierung werden. Derzeit ist diese militärische Konfliktsituation (NATO-EU-Russland) nicht gegeben, und es muss alles unternommen werden, damit es nicht so weit kommt. Was wir auf nationaler Ebene dafür tun können, liegt auf der Hand: Von der Regierung die Rücknahme sämtlicher Sanktionsbeschlüsse und eine außenpolitische Wende zur Neutralität als politischen Auftrag zu fordern, was die Forderung einschließt: Raus aus allen NATO-Zusammenhängen, NATO raus aus Europa. Wir wollen, dass Österreich zum Platz der Begegnung sämtlicher Konfliktparteien wird und zur friedens- statt zu kriegspolitischer Wende in Europa beiträgt.

Weder die EU noch die österreichische Regierung werden in diesem Zusammenhang friedenspolitischen Ansprüchen gerecht. Im Gegenteil: Die dominierende Politik der EU ist Akteurin bei der konfrontativen Aufladung dieses Konflikts, und Österreich wird seiner Eigenschaft als neutraler Staat nicht nur nicht gerecht, sondern verstößt dagegen in krasser Weise durch die Unterstützung der gegen Russland gerichteten Sanktionspolitik. Wir sehen in dieser aktuellen Situation die Funktion der KPÖ, von der Regierung eine Wende der Außenpolitik hin zur aktiven Neutralitätspolitik hinsichtlich aller internationaler Konflikte zu fordern und den Gedanken von der Notwendigkeit der Neutralitätspolitik aus dem Zusammenhang belanglosen Festtagsgeredes in den Zusammenhang überlebensnotwendiger, offensiver Friedenspolitik und Friedensbewegung zu stellen.

#### ***5.) Rechtsentwicklung in Österreich***

**D.6.** Die Basis der Koalitionsparteien ist mit der letzten Nationalratswahl auf knappe 51% der Wählerstimmen geschrumpft. Berücksichtigt man die immer geringer werdende Wahlbeteiligung, vertreten die Regierungsparteien nur mehr eine Minderheit der Bevölkerung, was bedeutet, dass die Legitimationsbasis des bisherigen Regierungssystems dramatisch schrumpft. Die parlamentarische Opposition besteht, abgesehen von den völlig angepassten Grünen, aus rechten, rechtsextremen und neoliberalen Parteien. Es besteht die Gefahr, dass die FPÖ in Österreich zur stärksten Partei wird, verbunden mit der zunehmenden ideologischen Verankerung reaktionärer Stimmungen und Orientierungen in der Gesellschaft. Diesem Trend muss Widerstand auf möglichst breiter Basis entgegengesetzt werden. Rechtsextremismus und rechte Demagogie gedeihen auf dem Boden der sozialen Krise und der zunehmenden Verabschiedung der Bevölkerung aus demokratischen Prozessen.

Für beides sind in erster Linie die tonangebenden politischen Kräfte verantwortlich. Rechtsextremismus und neoliberale Ideologie berühren und ergänzen sich in Form der Entsolidarisierung der Gesellschaft. Wir bemühen uns, den Einfluss der Strache-Partei einzudämmen, indem wir nicht nur die Interessen der vom sozialen Abbau und von der Zerstörung der sozialen Systeme Betroffenen vertreten, sondern uns mit ihnen bewegen. Sich gegen den Rechtsextremismus zu engagieren heißt, soziale Interessen der arbeitenden Klasse wahrzunehmen und sie untrennbar mit klarer Abgrenzung von jeglicher rassistischer, chauvinistischer oder anderer rechter Ideologie zu verbinden, und diese Auseinandersetzung auch in der Mitte der Gesellschaft zu forcieren.

## **E) Zur Wahlpolitik**

**E.1.** Die KPÖ hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten ihre Stimmen bei Nationalratswahlen von knapp 12.000 auf über 48.000 Stimmen mehr als vervierfacht. Zwei Mal (2006, 2013) kam sie auf knapp über ein Prozent der Stimmen - allerdings nur in zwei Bundesländern (Wien und Steiermark) deutlich über ein Prozent. Kandidaturen unter einem anderen Namen, an denen die KPÖ maßgeblich beteiligt war (Bewegung Rotes Wien, Innsbruck Links, LINKE bei der EU-Wahl 2004, 2004, ASOK in Kärnten 2012) waren weniger erfolgreich und erreichten zum Teil nicht einmal bereits erreichte KPÖ-Ergebnisse. Nach wie vor ist daher die KPÖ bei bundesweiten Wahlen die stärkste linke Oppositionskraft.

Mit der Wahlallianz zur Europaparlamentswahl 2014 „Europa anders“ ist ein neues Moment hinzugetreten. Was war Europa anders? Nicht mehr, aber vor allem auch nicht weniger als ein erster erfolgreicher Versuch der politischen Sammlung progressiver Kräfte links von Grünen und Sozialdemokratie. KPÖ, Piratenpartei und Der Wandel

haben als linkes Wahlbündnis über zwei Prozent und in den drei größten Städten Wien, Graz und Linz um die 4 Prozent erreicht. In Wien erreichte das Bündnis in zwei Bezirken über 6 Prozent, in sechs weiteren Bezirken über 5 Prozent. Damit konnte das Stimmpotential der drei Allianzparteien aus der Nationalratswahl 2013 in Wien, trotz der um fast 50 Prozent niedrigeren Wahlbeteiligung, zu 90 Prozent, in fünf Bezirken sogar mit über 100 Prozent, ausgeschöpft werden.

Damit hat zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten eine Wahlplattform links von SPÖ und Grünen ein Wahlergebnis erzielt, das signifikant über dem Niveau der KPÖ-Wahlergebnisse liegt. Das gilt sogar für Graz, wo die KPÖ für den Gemeinderat fast 20 Prozent der Stimmen erhält, bei der NRW 2013 zwar gute 3,4% erzielte, das aber hinter den 4,1 Prozent für Europa Anders zurückblieb.

**E.2.** Es liegt auf der Hand, daß sich aus den Entwicklungen um "Europa anders" für die linken Kräfte in Österreich neue Optionen für das politische Eingreifen ergeben. Es wurde deutlich: wenn sich unterschiedliche politische Subjekte, die sich ein Mindestmaß an Öffentlichkeit erkämpft haben, sichtbar zusammentun, so kann dies nicht nur für die jeweils eigene Wahlklientel, sondern darüber hinaus Attraktivität entwickeln.

**E.3.** Jede Wahl hat ihre Besonderheiten. Die Europaparlamentswahl ist mit keiner anderen österreichischen Wahl zu vergleichen und dasselbe gilt auch für die personelle Konstellation. Trotzdem ist dieses Wahlergebnis Beweis dafür, dass es für die KPÖ sinnvoll ist, größtmögliche Flexibilität für die zukünftige Wahlpolitik auf Bundesebene anzustreben. Über Kandidaturen auf Landes- oder Gemeindeebene entscheiden die jeweiligen Landesorganisationen. Aber auch sie sind gut beraten, jeweils mögliche Wahlallianzen zu prüfen.

**E.4.** Gleichzeitig halten wir fest, dass es angesichts der gegenwärtigen Segmentierung der österreichischen Linken vor allem um die Entwicklung von Kooperationen und Allianzen links von systemkonformer Sozialdemokratie und Grünen geht.

Zu fragen ist dabei: Gibt es eine ausreichende programmatische Plattform oder ein gemeinsames Aktionsprogramm? Gibt es Übereinstimmung, die Komponenten einer Wahlallianz sichtbar und für die Wähler nachvollziehbar zu machen? Wenn ja, so ist der Name der Allianz von untergeordneter Bedeutung.

Kann die Wahlallianz zu einer permanenten Kooperation auch in Nichtwahlzeiten führen? Gibt es eine Einigung über die Handhabung eventuell zu erreichender Mandate ?

Ein neues innenpolitisches Kräfteverhältnis kann über die Bildung von Wahlallianzen erkämpft werden, was auch zur Stärkung der Ausstrahlung jeder in einer Allianz kooperierenden Kraft führen kann. Denn Tatsache ist, dass eine breitere politische Basis das Herankommen an diverse Sperrklauseln (4 Prozent bei NRW, 5 Prozent für GRW in Wien erleichtert und damit das Argument der „verlorenen Stimme“, von welchem alle fortschrittlichen Oppositionskräfte betroffen sind, entkräften kann.

Angesichts der kommenden wichtigen Wahlgänge gilt es, alle unsere Kräfte aufzubieten, diese so erfolgreich wie möglich zu bestreiten. Ob als KPÖ alleine oder je nach Gegebenheiten in Allianzen.